

## KONJUNKTURREPORT

25. Jg., Ausgabe 3, September 2025

### Leichte Konjunkturerholung in Österreich

Im ersten Halbjahr 2025 wurde die **Weltwirtschaft** von der US-Zollpolitik geprägt. Ankündigungen von Zollerhöhungen führten im internationalen Handel zu Vorzieheffekten im ersten Quartal und entsprechenden Gegenbewegungen im zweiten Quartal. Das globale Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat vor diesem Hintergrund im ersten Quartal deutlich gegenüber dem Vorquartal zugelegt. Im zweiten Quartal entwickelte sich die Konjunktur uneinheitlich. In den **USA** legte die Wirtschaftsleistung um 0,7 % gegenüber dem Vorquartal zu, nachdem sie im ersten Quartal um 0,1 % gesunken war. Maßgeblich für die Entwicklung war der Außenbeitrag. Nachdem zu Jahresbeginn in Erwartung höherer Zölle die Importe massiv ausgeweitet worden waren, gingen sie im Frühjahr stark zurück. In **Japan** stieg das BIP im Frühjahr um 0,3 %, nach 0,1 % im Winter. Im **Vereinigten Königreich** schwächte sich die Zunahme der Wirtschaftsleistung auf 0,3 % ab, nachdem die Expansion im ersten Quartal, nicht zuletzt wegen Vorzieheffekten im Zusammenhang mit der US-Zollpolitik, 0,7 % betragen hatte. Die **chinesische** Volkswirtschaft behielt mit 1,1 % im zweiten Quartal annähernd das Tempo aus dem Winter bei. Im Zuge der zwischenzeitlich prohibitiv hohen US-Importzölle im Handel mit China gingen die Ausfuhren in die USA spürbar zurück, was durch kräftig steigende Exporte in andere asiatische Länder und auch in die Europäische Union wettgemacht wurde.

In der **EU27** (von 0,5 % auf 0,2 %) und im **Euroraum** (von 0,6 % auf 0,1 %) verlor die Konjunktur im zweiten Quartal deutlich an Tempo. Maßgeblich dafür war, dass die Exporte nach dem deutlichen Anstieg wegen der Vorzieheffekte im Winter im zweiten Quartal sanken. Der private Konsum und der öffentliche Konsum stiegen leicht, die Investitionen kräftig.

Der globale Warenhandel verlor im zweiten Quartal an Schwung. Dennoch stieg er gemäß den Daten des niederländischen CPB gegenüber dem Vorquartal noch um 0,5 %, und für das gesamte erste Halbjahr ergibt sich eine Expansion um 2,4 %. Deutlich sichtbar sind die Effekte der US-Einfuhrzölle bei den Importen der USA. Im Sog des Welthandels verlor auch die globale Industrieproduktion im Frühjahr an Schwung. Gemäß CPB-Daten stieg sie im zweiten Quartal

um 0,6 %, nach 1,0 % im ersten Quartal. Damit war sie im ersten Halbjahr um 1,7 % höher als in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres. Besonders stark war die Abschwächung im Euroraum und im Vereinigten Königreich, während die Industrieproduktion in den Schwellenländern ihr Expansionstempo weitgehend halten konnte.

In **Österreich** ist einer ersten Schätzung zufolge das BIP im zweiten Quartal 2025 um 0,3 % gestiegen, nach 0,2 % im ersten Quartal. Im Frühjahr ging der private Konsum um 0,2 % zurück, während der öffentliche Konsum stieg um 0,1 %. Die Ausrüstungsinvestitionen wurden um 2,4 % ausgeweitet. Die Wohninvestitionen sanken um 0,9 %, während die sonstigen Bauinvestitionen um 1,0 % stiegen. Im Außenhandel nahmen die Exporte leicht um 0,1 % zu, wogegen die Importe um 0,6 % zurückgingen. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Wertschöpfung, während sie in der Bauwirtschaft sank. Die unternehmensnahen Dienstleistungen trugen ebenso zur Erholung bei wie die öffentliche Verwaltung und das Bildungs- und Gesundheitswesen. Rückgänge wurden in den Bereichen Beherbergung und Gastronomie sowie Verkehr verzeichnet.

Für die Bundesländer liegen aktuell Produktionsdaten bis Mai, für Österreich insgesamt bis Juni 2025 vor. Im Durchschnitt der ersten fünf Monate war die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 4,8 % niedriger, in ganz Österreich hingegen um 1,7 % höher als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Bauproduktion war von großen Unterschieden zwischen Hoch- und Tiefbau gekennzeichnet. Im Hochbau sank im Durchschnitt der ersten fünf Monate 2025 die Produktion in Kärnten um 4,8 % und in ganz Österreich um 1,7 %. Im Tiefbau stieg die Produktion in Kärnten um 0,6 % und in Österreich insgesamt sogar um 11,7 %.

Wie in Österreich insgesamt dürfte in Kärnten die gesamtwirtschaftliche Produktion im laufenden Jahr in etwa stagnieren. Für die kommenden Jahre sind Wachstumsraten von rund 1 % pro Jahr zu erwarten. Die US-Importzölle sind höher als vor dem Amtsantritt der aktuellen Regierung, die handelspolitische Unsicherheit ist noch immer hoch, und die österreichischen Unternehmen haben in den vergangenen Jahren durch die Energie- und Lohnkostensteigerungen an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt.

Klaus Weyerstraß

## Kommentar: Wie sicher sind Kärntner Dienstleistungen?

Handelskonflikte sind keine Erscheinung der Neueren Geschichte, sondern ein historisch wiederkehrendes Phänomen, das Kärnten schon im Mittelalter betraf. Im 14. und 15. Jahrhundert geriet das habsburgische Kärnten in Konflikte mit der Republik Venedig: Venedig monopolisierte die Salzproduktion in der Adria-region, während Kärnten eine zentrale Transitposition innehatte. Die Kärntner:innen kontrollierten die Salzschatzplätze in Villach und Klagenfurt, die für den Transport des wertvollen Minerals nach Mitteleuropa wesentlich waren. In der Folge kam es zu Handelsembargos, konfiszierten Lieferungen, blockierten Alpenpässen und herrschaftlich organisiertem Schmuggel. Diese Maßnahmen führten zu Zahlungen in Form von „Ungeld“ oder „Auflagen“, die funktional heutigen Strafzöllen ähneln (von Stomer, 1995). Im Gegensatz zu diesen traditionell warenbasierten Spannungen verschiebt sich der Schwerpunkt der aktuellen Handelskonflikte zwischen Europa und den USA zunehmend in Richtung von Dienstleistungen, deren Handelsmechanismen komplexer, weniger transparent und oft technologisch getrieben sind.

Im modernen transatlantischen Handelsdiskurs ist der Dienstleistungssektor gleichzeitig von zunehmender Wichtigkeit und anfällig für Konflikte. Im Gegensatz zum Warenhandel verzeichnen die USA in diesem Bereich einen erheblichen Überschuss gegenüber der EU. Laut dem US Bureau of Economic Analysis (2024) betrug der US-Dienstleistungsüberschuss mit der EU im Jahr 2024 rund 88,6 Milliarden US-Dollar, was einem Anstieg von mehr als 20 % gegenüber 2023 entspricht. Dieser Überschuss wird maßgeblich durch die Dominanz US-amerikanischer Unternehmen in Schlüsselbereichen wie Cloud-Services, Softwarelösungen und Finanzdienstleistungen getragen. Über 70 % der in Europa genutzten Cloud-Dienste werden von Amazon, Microsoft und Alphabet bereitgestellt, während europäische Anbieter lediglich etwa 2 % des heimischen Marktes abdecken (TechRadar, 2024). Österreich verzeichnete 2023 einen Handelsüberschuss mit den USA von etwas über 10 Milliarden US-Dollar, womit die USA den drittgrößten Exportmarkt nach Deutschland und Italien darstellen. Besonders auffällig ist die Abhängigkeit von einzelnen Anbietern im IT-Bereich: So beherrschen etwa Microsoft-Produkte den österreichischen Betriebssystem- und Office-Softwaremarkt nahezu zur Gänze und stellen damit ein klassisches Single-Source Problem dar. Wird der Zugang zu diesen Produkten politisch reglementiert oder über Preise angepasst, könnten zahlreiche Unternehmen unmittelbar betroffen sein.

Die betroffenen Dienstleistungen sind vielfältig und betreffen insbesondere den IT- und Finanzsektor, in dem US-Unternehmen weltweit dominieren. Im IT-Bereich handelt es sich um Rechenzentrumsleistungen, Cloud-Services, Softwarelizenzen sowie Software-as-a-Service-Angebote. Hinzu kommen die boomenden Bereiche der Künstlichen Intelligenz und Kryptographie in denen lokale Anbieter keine Rolle spielen. Konfliktinstrumente in diesem Sektor beinhalten unterschiedliche Compliance-Anforderungen zwischen der EU und den USA, Nutzungsbeschränkungen, Datenschutz- und Datenlokalisierungsvorgaben sowie IT-Support-Dienste und Service-Level-Agreements. Im Finanzbereich betrifft die durch offen diskutierten Eingriffe ausgelöste Unsicherheit vor allem Online-Zahlungssysteme, den grenzüberschreitenden Kapitalverkehr und die Unternehmensfinanzierung. Anders als im klassischen Warenhandel entstehen Risiken weniger durch Zölle oder physische Handelsbarrieren, als durch regulatorische, technologische und marktspezifische Unsicherheiten.

Die EU hat mit dem Anti-Coercion Instrument ein Instrumentarium geschaffen, um auf die zunächst warespezifischen Handelskonflikte mit den USA auch im Dienstleistungssektor reagieren zu können. Dieses Instrument zeigt exemplarisch, wie Dienstleistungskonflikte auf politischer Ebene adressiert werden könnten, aber gleichzeitig Unsicherheit und Komplexität für Unternehmen erzeugen.

Für Kärnten selbst ist die Situation relevant, da die regionale Wirtschaft stark im Dienstleistungsbereich engagiert ist. Während Kärnten im Warenhandel einen Außenhandelsbilanzüberschuss von rund 750 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2024 verzeichnet, sind aussagekräftige Zahlen für Dienstleistungen nicht direkt verfügbar. Rund zwei Drittel der Bruttowertschöpfung Kärntens entfällt auf Dienstleistungen, wodurch diese ein zentrales Element der regionalen Wirtschaft darstellen. Besonders IT- und Finanzdienstleistungen sind wachstumsstark, digitalisiert und zunehmend international verflochten, wodurch ihre potenzielle Anfälligkeit für externe Schocks steigt.

Die Mechanismen von Handelskonflikten im Dienstleistungssektor unterscheiden sich grundlegend von klassischen, warenbasierten Instrumenten. Konfliktinstrumente im Dienstleistungsbereich umfassen Marktregulation, Lizenzauflagen, Zugangsbeschränkungen, Diskriminierung von Anbietern nach Herkunft, sowie die Festlegung und Manipulation technischer Standards. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Ankündigung von US-Präsident Trump, zusätzliche Zölle auf europäische Technologieprodukte zu erheben, als Reaktion auf die angekündigte europäische Digitalsteuer, die auf Technologiegiganten wie Alphabet, Apple, Meta

und Tesla zugeschnitten ist. Diese Diskussion zeigt deutlich, dass Dienstleistungen in Handelskonflikten zunehmend politisch instrumentalisierbar werden.

Die Risiken für IT-Dienstleistungen lassen sich in mehrere Dimensionen unterteilen. Erstens besteht ein ausgeprägtes Single-Source-Risiko, da die Mehrheit der genutzten Cloud-Services und Softwareprodukte von wenigen US-Anbietern bereitgestellt wird. Eine Einschränkung des Zugangs zu diesen Plattformen, Preisanpassungen oder regulatorische Eingriffe würden unmittelbar spürbare Auswirkungen auf österreichische Unternehmen, Institutionen und Privatpersonen haben. Zweitens ergeben sich regulatorische Unsicherheiten durch unterschiedliche EU- und US-Standards im Bereich Datenschutz, IT-Sicherheit und KI-Nutzung. Unternehmen müssten ihre Systeme, Prozesse und Verträge laufend anpassen, um Compliance-Risiken zu minimieren, was erhebliche Kosten und operative Komplexität erzeugen würde. Drittens könnten Marktzugänge direkt beschränkt werden. Verträge und Service-Level-Agreements könnten bei Eskalationen in Frage gestellt oder eingeschränkt werden, Projekte könnten sich verzögern und die Planbarkeit langfristiger IT-Migration würde erschwert werden. Viertens entstehen finanzielle Risiken: Höhere Kosten für den Kapitalverkehr, Währungsabsicherungen, grenzüberschreitende Zahlungen und Kreditfinanzierungen wären die Folge. Unternehmen könnten Schwierigkeiten bei der Absicherung von Projekten oder beim Zugriff auf US-Finanzdienstleistungen erleben. Schließlich sind strategische Risiken zu berücksichtigen: Unternehmen könnten geplante Investitionen aufschieben, Innovationen verzögern oder gezwungen sein auf weniger effiziente, alternative Anbieter auszuweichen, wodurch langfristige Wettbewerbsfähigkeit und technologische Souveränität beeinträchtigt würden.

Auch der Finanzsektor ist betroffen. Online-Zahlungssysteme, grenzüberschreitende Finanztransaktionen und die Finanzierung internationaler Projekte hängen stark von US-amerikanischen Standards und Zahlungsinfrastrukturen ab. Änderungen der regulatorischen Rahmenbedingungen, Exportkontrollen oder Finanzmarktgesetze in den USA könnten kurzfristig Kosten erhöhen oder Transaktionen verzögern. Gleichzeitig könnte die Abhängigkeit von US-Anbietern im Bereich FinTech und digitaler Zahlungsdienste dazu führen, dass lokale Anbieter Wettbewerbsnachteile erleiden oder gezwungen sind, kostspielige Alternativen aufzubauen.

Im Mittelalter waren es physische Handelsrouten, die blockiert wurden, heute sind es digitale Informationswege, Plattformen, Lizenzsysteme und Cloud-Infrastrukturen. In beiden Fällen

zeigt sich, dass strategisch zentrale Positionen sowohl Chancen als auch Risiken bergen. Kärnten kontrollierte damals Aspekte des Salzhandels, heute sind Kärntner Unternehmen eingebunden in globale IT- und Finanznetzwerke, die in hohem Maße von einigen wenigen US-Anbietern definiert werden. Diese Abhängigkeit macht regionale Dienstleistungen anfällig für politische, regulatorische und technologische Schocks, die weitreichende Folgen haben können. Ein entscheidender Faktor ist dabei die Unsicherheit selbst. Aktuell wissen Unternehmen wenig darüber, welche Maßnahmen als nächstes ergriffen werden: Werden Produkte von US-Anbietern aufgrund europäischer Digitalsteuern verteuert, im Angebot eingeschränkt oder im Marktzugang beschränkt? Welche technologischen Standards werden als verbindlich durchgesetzt?

Für Kärnten ergeben sich daraus konkrete Handlungsempfehlungen. Eine Diversifikation der Anbieterlandschaft, beispielsweise durch Nutzung oder Aufbau europäischer Cloud-Alternativen oder Open-Source-Lösungen kann Single-Source-Risiken reduzieren. Finanzielle Absicherung, etwa über Hedging von Währungsrisiken oder Aufbau alternativer Finanzierungskanäle, mindert monetäre Risiken. Gleichzeitig sollten Unternehmen frühzeitig auf regulatorische Änderungen reagieren und interne Compliance-Strukturen anpassen, um flexibel auf unterschiedliche Standards reagieren zu können. Strategische Planung muss stärker auf Szenarien ausgerichtet sein, die digitale und finanzielle Dienstleistungen betreffen, und nicht nur auf klassische Warenflüsse.

Quellen:

Wolfgang von Stromer, 1995: „Landmacht gegen Seemacht. Kaiser Sigismunds Kontinentalsperre gegen Venedig 1412–1433“ In: Zeitschrift für historische Forschung 22, S. 145–89.

US Bureau of Economic Analysis, 2024: US-Dienstleistungsüberschuss mit der EU, <https://www.bea.gov/news/2025/us-international-trade-goods-and-services-december-and-annual-2024>.

TechRadar, 2024: EU-Cloud-Marktanteile, <https://www.techradar.com/pro/more-data-shows-eu-cloud-companies-are-struggling-to-compete-with-us-giants>.

Europäische Kommission, 2023: Anti-Coercion Instrument, <https://trade.ec.europa.eu/access-to-markets/de/content/instrument-zur-bekaempfung-von-zwangsmassnahmen>.

Statistik Austria, 2025: Österreich 2024 mit erster positiver Handelsbilanz seit 16 Jahren, <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/03/20250307Aussenhandel2024.pdf>.

Paul Schweinzer  
*Univ.-Prof. Dr. Paul Schweinzer ist Vorstand  
des Instituts für Volkswirtschaftslehre  
der Universität Klagenfurt*

## Kommentar: Wenn die Sonne zu viel Strom liefert

Der Ausbau der Photovoltaik in Österreich verläuft schneller als geplant. Diese grundsätzlich positive Entwicklung bringt jedoch auch Herausforderungen mit sich: Die Stromnetze müssen mit dem steigenden Erzeugungspotenzial Schritt halten, um die Stabilität des Gesamtsystems zu gewährleisten und Netzausfälle – wie zuletzt in Spanien – zu verhindern.

Eine zentrale Schwierigkeit besteht darin, dass ein Netzausbau zur Abdeckung sämtlicher Erzeugungsspitzen aus wetterabhängigen Technologien wie Sonne und Wind wirtschaftlich höchst ineffizient wäre. Solche Spitzen treten nur wenige Stunden im Jahr auf; ein darauf ausgelegtes Netz wäre die meiste Zeit unterausgelastet und entsprechend teuer. Sinnvoller ist es daher, das Netz nicht für extreme Produktionsspitzen zu dimensionieren, sondern diese gezielt zu vermeiden. Gerade bei PV-Anlagen entstehen durch die weitgehend gleichzeitige Einspeisung besonders hohe Spitzen. Werden diese beispielsweise durch den Einsatz von Stromspeichern begrenzt, könnte der PV-Ausbau beschleunigt werden, während die Netzentgelte stabil blieben.

Das novellierte Elektrizitätswirtschaftsgesetz (EIWG) sieht eine Begrenzung der netzwirksamen Leistung neuer Wind- und PV-Anlagen vor – ein zweckmäßiger Ansatz, der die Netzkosten, die einen immer größeren Anteil an der Stromrechnung ausmachen, senken kann. Untersuchungen zeigen, dass eine Einspeisebegrenzung auf 60 bis 70 % der maximalen PV-Leistung lediglich zu einem Einspeiserückgang von 3 bis 6 % führen würde. Entscheidend ist jedoch, die Betreiber durch positive ökonomische Anreize zu einem „netzdienlichen Verhalten“ zu bewegen, d.h. einem Anlagenbetrieb, der die Stabilität und Zuverlässigkeit des Stromnetzes unterstützt und nicht gefährdet.

Flexibilität bei Erzeugung und Verbrauch sollte dabei vergütet, nicht verordnet werden, denn Betreiber können diese Flexibilität auch zur Eigenverbrauchsoptimierung oder für den Stromhandel nutzen. Das Netz konkurriert hier direkt mit anderen Märkten. Ein möglicher Ansatz wäre ein erhöhter Einspeisetarif für netzdienlichen Betrieb – unabhängig davon, ob der Strom direkt aus der PV-Anlage oder aus einem Speicher stammt. Angebotsseitige Netzdienlichkeit ließe sich näherungsweise als ein Mindestwert an eingespeisten Kilowattstunden pro installierter Kilowatt-Leistung definieren. Analoges wäre auch für die Nachfrageseite denkbar.

Die für eine solche Flexibilisierung erforderlichen Smart Meter sind bereits vorhanden. Es fehlt jedoch bislang eine Regulierung, die Flexibilität fi-

nanziell honoriert. Bisher orientiert sich die Regulierung von Netzwerkindustrien primär an anrechenbaren Kosten. Bei Flexibilität entstehen jedoch keine klassischen Kosten – vielmehr werden diese vermieden. Solche Opportunitätskosten sind für den Netzregulator schwer zu beziffern, was bislang dazu führt, dass zu wenig Anreiz für einen netzdienlichen Betrieb von PV-Anlagen, Batteriespeichern, Wärmepumpen und Elektrofahrzeugen besteht.

Der Netzbetrieb weist die Merkmale eines öffentlichen Gutes auf und ist von externen Effekten geprägt: Während der individuelle Nutzen netzdienlichen Verhaltens gering erscheinen mag, ist der kollektive Nutzen erheblich. Die Versorgungsqualität und die damit verbundenen Netzentgelte sollten daher nicht nur regulatorisch bestimmt werden, sondern auch breite gesellschaftliche Akzeptanz finden. Genau diese Akzeptanz leidet jedoch, wenn die Produktion von PV-Strom einerseits subventioniert, andererseits mit zusätzlichen Netzgebühren belastet wird. Hier wäre eine klare Kommunikation hilfreich gewesen, denn sowohl Einspeisung als auch Entnahme von Strom verursachen Kosten, die verursachungsgerecht verteilt werden müssen, damit die Energiewende nicht noch teurer wird, als sie ohnehin schon ist.

Aus ökonomischer Sicht sollten Entgelte und Tarife Kosten korrekt widerspiegeln. Das bedeutet: Wer im Netz geringere (Grenz-)Kosten verursacht, sollte auch geringere Netzentgelte bezahlen. Das EIWG verfolgt daher zu Recht nicht das Ziel einheitlicher Netzentgelte – wie häufig gefordert –, sondern setzt auf ein System, das

- Netzentgelte getrennt nach Einspeisung und Entnahme erhebt (kein Net-Metering),
- verursachergerecht und leistungsabhängig gestaltet ist, und
- flexible Tarife ermöglicht, die Spitzenzeiten oder Netzbelastungen berücksichtigt.

Netzdienlichkeit ist stets lokal und zeitabhängig. Daher wären – ähnlich wie beim Großhandelsstrompreis immer öfter und immer länger der Fall – sogar zeitweise negative Netzentgelte denkbar, etwa wenn eine Netzebene überspeist ist oder vor einem Engpass im Übertragungsnetz liegt.

Bei der Gestaltung der Energiewende ist den Gesetzen der Physik Vorrang gegenüber jenen einer einseitigen Ideologie einzuräumen (hier kann wieder Spanien als Beispiel dienen). Auch sollen marktwirtschaftliche Prinzipien nicht zu kurz kommen. Der Entwurf zum EIWG entspricht weitgehend diesen Anforderungen, wenn es auch weiterhin offene Fragen gibt, wie z.B. jene nach der konkreten Ausgestaltung der Einspeise-Netztarife durch die E-Control. Ob es für sinnvolle Maßnahmen auch eine Verfassungsmehrheit im Parlament gibt, wird sich erst zeigen.

Norbert Wohlgemuth

## Kommentar: Sicherheit um den Preis ökonomischer Freiheit?

Ökonomische Freiheit, d.h. die Fähigkeit von Individuen und Unternehmen, wirtschaftliche Entscheidungen ohne übermäßige staatliche Einmischung zu treffen, ist seit jeher ein zentrales Prinzip westlicher Marktwirtschaften. Die USA verkörperten den (relativ) freien Markt, Europa suchte die Balance zwischen Wettbewerb und sozialer Absicherung. China hingegen wurde stets als abschreckendes Beispiel staatlicher Lenkung gesehen, mit Subventionen, Industriepolitik und direkter Kontrolle. Doch es zeigt sich eine paradoxe Entwicklung: Ausgerechnet die westlichen Demokratien übernehmen immer öfter Elemente des chinesischen Modells.

Die US-Staatsbeteiligungen an Intel oder MP Materials (Abbau von seltenen Erden) zeugen davon. Offiziell geht es darum, sicherheitskritische Technologien wie Halbleiter und seltene Erden abzusichern, was jedoch bei Deals des US-Präsidenten mit Unternehmen wie Nvidia und AMS hinterfragt werden kann. Damit wird allerdings ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen. Wenn der Staat Anteile an Unternehmen hält, ist der Schritt zur politischen Einflussnahme auf Managemententscheidungen, Standortfragen oder Beschäftigungspolitik nicht weit. Langfristig droht dadurch ein Verlust an Innovationskraft und die Erosion der Marktdynamik, die die USA stark gemacht haben.

Bemerkenswert ist der Wandel innerhalb der Republikanischen Partei: Was früher als „Sozialismus“ gebrandmarkt worden wäre, wird nun als „patriotischer Kapitalismus“ verkauft. Damit rücken die USA wirtschaftspolitisch ironischerweise näher an China heran, das Land, das als strategische Bedrohung dargestellt wird. Mit dem Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) vor fast 25 Jahren war noch die Hoffnung verbunden, dass das Land dadurch „amerikanischer“ wird.

Europa hat traditionell einen anderen Weg eingeschlagen: Weniger Laissez-faire und mehr Regulierung schränken Unternehmen stärker ein als in den USA (selbstverständlich braucht es Interventionen des Staates in den Fällen, in denen der Marktmechanismus nicht funktioniert). Sichtbar wird das vor allem an der deutlich geringen wirtschaftlichen Dynamik der Alten Welt. Europa ist technologisch zunehmend von asiatischen Chips, chinesischen Batterien und amerikanischen Plattformen abhängig. Mit dem European Chips Act versucht die EU gegenzusteuern und Milliarden in den Aufbau einer eigenen Halbleiterindustrie zu pumpen. Auch hier wird das Argument „Souveränität gegenüber China“ ins Feld geführt. Doch Europa befindet sich in einem Dilemma: Es will Abhängigkeiten reduzieren, ohne die Innovationskraft des Marktes zu zerstören.

China hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass es auf Staatskapitalismus setzt. Schlüsselindustrien wie Halbleiter, Energie, Telekommunikation oder seltene Erden stehen unter direkter Kontrolle und werden massiv subventioniert. Dieses Wirtschaftsmodell verschafft kurzfristig Vorteile: Kapazitäten können schnell aufgebaut, Märkte mit Dumpingpreisen überschwemmt und Technologien gezielt gefördert werden. Doch es zeigt sich immer deutlicher, dass das Land dafür einen hohen Preis bezahlt: Fehlende Transparenz, schwache private Initiative sowie Abhängigkeit von staatlicher Allokation. Für China selbst ist das Modell ambivalent, geopolitisch jedoch wirkungsvoll. Indem Peking den Weltmarkt mit billigen Produkten dominiert, zwingt es westliche Demokratien in die Defensive – mit der Folge, dass auch die USA und Europa zu Methoden greifen, die sie früher ablehnten.

Damit stehen die westlichen Demokratien vor einem strategischen Paradox: Um sich gegen China abzusichern, übernehmen sie Züge des chinesischen Modells und gefährden damit ihre eigene ökonomische Freiheit; etwas, wovon Friedrich August von Hayek bereits 1944 in „The Road to Serfdom“ (der Weg zur Knechtschaft) eindringlich warnte: Staatseigentum an Produktionsmitteln bedroht nicht nur Wohlstand, sondern auch politische Freiheit. Wo der Staat Produktionsentscheidungen trifft, geraten Märkte in Abhängigkeit von politischen Zyklen und Demokratie wird zum Spielball wirtschaftlicher Interessen. Selbst Sozialisten wie Oskar Lange und Abba Lerner anerkannten, dass Privateigentum ein Bollwerk politischer Demokratie darstellt.

Was heute mit Chips und seltenen Erden beginnt, kann morgen leicht auf andere Branchen ausgeweitet werden: Stahl, Energie, vielleicht sogar Dienstleistungen. So entsteht Schritt für Schritt ein System, das die ökonomische Freiheit aushöhlt. Damit stehen die westlichen Gesellschaften an einem Scheideweg. Die USA opfern ihre freiheitliche Wirtschaftstradition zunehmend dem „patriotischen Kapitalismus“, Europa ringt zwischen „Regulierungsweltmeister“ und teurer Industriepolitik. In Österreich werden Markteingriffe bei Strom, Mieten, Lebensmitteln und vielleicht bald auch in anderen Bereichen diskutiert, um die mittlerweile doppelt so hohe Inflation wie im Euroraum mit wenig erfolgversprechenden Brachialmethoden zu bekämpfen. In allen Fällen droht die ökonomische Freiheit unter die Räder zu kommen. Freiheit sollte jedoch nicht leichtfertig aufgegeben werden. Wer ökonomische Souveränität will, sollte auf offene Märkte (z.B. EU-Mercosur Handelsabkommen), Rechtsstaatlichkeit und Innovation setzen, nicht auf Staatskapitalismus und Dirigismus. Der Wettbewerbsvorteil des Westens war immer seine Freiheit. Verliert er sie, verliert er sein Fundament.

Norbert Wohlgemuth

## Wirtschaftskennzahlen im Überblick

### Veränderungsraten ausgewählter Wirtschaftsbereiche in Österreich

real in % zum Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt

	2025 Q2	2025 Q1	2024 Q4	2024 Q3
Land- und Forstwirtschaft	-2,6	-0,5	1,3	1,2
Herstellung von Waren	0,3	1,1	-1,6	0,3
Bau	-0,4	-0,7	-0,6	-1,0
Handel	-0,2	-0,1	0,1	-0,4
Beherbergung, Gastronomie	-1,2	-3,1	2,5	-1,9
Unternehmensnahe Dienstleistungen	0,5	0,5	0,3	-1,0
Öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit	0,6	0,4	0,8	0,5

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

### Übernachtungen nach Bundesländern

Jänner– Juli 2025;

% Veränderung gegenüber Jänner – Juli 2024

	Gäste aus Ausland %	Gäste aus Inland %	Insges. %
Burgenland	1,2	1,8	1,6
Kärnten	-2,3	-1,7	-2,0
Niederösterr.	2,0	-1,9	-0,6
Oberösterreich	-2,0	-0,8	-1,3
Salzburg	-1,6	3,1	-0,6
Steiermark	-2,4	0,2	-1,1
Tirol	0,3	1,9	0,4
Vorarlberg	-1,1	1,2	-0,9
Wien	6,8	-0,8	5,3
<b>Österreich</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

### Inflation im Euroraum und ihre Komponenten, jährliche und monatliche Rate

Schnellschätzung – August 2025, %

	% zu Vorjahresmonat	% zu Vormonat
Gesamtindex Harmonisierter Verbraucherpreisindex	2,1	0,2
Lebensmittel, Alkohol, Tabak	3,2	0,0
>Unverarbeitete Lebensmittel	5,5	-0,4
Energie	-1,9	-0,6
Industriegüter ohne Energie	0,8	0,3
Dienstleistungen	3,1	0,3

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS

### Impressum

**Herausgeber:** KIHS  
**Adresse** Universitätsstraße 65-67  
 9020 Klagenfurt  
**E-Mail:** office@kihs.at  
**Website:** www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

**Redaktionsschluss:** 5.9.2025

### Veränderungsraten ausgewählter Verwendungsaggregate in Österreich

real in % zum Vorquartal, saison- und kalenderbereinigt

	2025 Q2	2025 Q1	2024 Q4	2024 Q3
Konsum	-0,1	0,8	0,4	0,2
Konsum privater Haushalte	-0,2	0,0	0,8	0,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	-0,3	-0,5	-0,6
Exporte	0,1	0,1	-0,2	-0,7
Import	-0,6	0,2	0,2	0,7

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

### Bruttomonatseinkommen von Hochschulabsolvent:innen 36 Monate nach Abschluss

nach Bundesland der Arbeitsstätte und Studienart

	Einkommen
<b>nach Bundesland der Arbeitsstätte</b>	
Burgenland	3.768
Kärnten	3.874
Niederösterreich	3.969
Oberösterreich	4.129
Salzburg	3.951
Steiermark	4.003
Tirol	3.949
Vorarlberg	4.288
Wien	4.006
<b>nach Studienart</b>	
Bachelor	3.535
Master	4.213
Diplom	4.203
Doktorat/PhD	5.064

Quelle: Statistik Austria; eigene Darstellung KIHS

### Wachstumsraten des BIP und der Erwerbstätigkeit im zweiten Quartal 2025

prozentuelle Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Basis saisonbereinigter Daten

	BIP %	Erwerbstätigkeit %
Dänemark	1,3	0,2
Kroatien	1,2	-0,5
Rumänien	1,2	-0,2
Bulgarien	0,9	1,1
Polen	0,8	0,4
Spanien	0,7	0,7
Slowenien	0,7	0,0
Estland	0,6	0,3
Griechenland	0,6	-0,5
Schweden	0,5	0,1
Frankreich	0,3	0,0
Österreich	0,3	0,0
Niederlande	0,1	0,1
Italien	-0,1	-0,1
Deutschland	-0,3	0,0
Finnland	-0,4	-0,2
EU	0,2	0,1

Quelle: Eurostat; eigene Darstellung KIHS